

Expertenwissen im politischen Prozess – Nutzen, Grenzen und Gefahren

Die Wahl Donald Trumps, der Brexit und der Erfolg populistischer Parteien in Europa zeigen tiefsitzende Skepsis gegenüber Experten und Eliten und deren komplexen Erklärungen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge. Ökonomen wird vorgeworfen, sich in Detailfragen zu verlieren und ein unrealistisches Menschenbild zu pflegen. Tatsächlich wäre es aber wichtig, die Unabhängigkeit der Ökonomen abzusichern, mehr Transparenz über die Hintergründe ihrer Ergebnisse herzustellen und stärker auf die Relevanz ihrer Forschungsfragen zu achten. Zudem sollten sie mehr Wert auf eine für alle verständliche Kommunikation mit Politik und Medien legen. Umgekehrt sollten letztere sich aber auch ernsthaft mit den ökonomischen Ergebnissen auseinandersetzen.

Uwe Schneidewind

Von der Reparatur-Ökonomik zur Orientierungswissenschaft

Dass sich gerade die Wirtschaftswissenschaft in der öffentlichen Debatte so in der Defensive befindet, hat mit besonderen Formen ihrer Selbstdefinition und Selbstbeschränkung zu tun. Eine sich in ihrem wissenschaftlichen Selbstverständnis öffnende Ökonomik würde auch in politischen Debatten deutlicher gehört – ohne Zugeständnisse an die Komplexität ihrer Welterklärung zu machen.

Eine postfaktische Wissenschaft darf sich nicht über populistischen Gegenwind wundern

Warum lächelt die Kanzlerin süffisant, wenn sie das Jahresgutachten der Wirtschaftsweisen überreicht bekommt? Warum gewinnen populistische Parteien und Kandidaten mit kruden ökonomischen Weltbildern derzeit Wahlen und beginnen an den Grundfesten der internationalen Wirtschaftsordnung zu rütteln? Das dahinterliegende Problem ist im Kern keines zu schlechter ökonomischer Politikberatung. Es liegt tiefer – in einer Wirtschaftswissenschaft, die sich selbst beschränkt, die ihre gesellschaftlichen Wirkungen nicht ausreichend reflektiert. Eine bessere ökonomische Politikberatung muss daher mit einem radikal veränderten Selbstverständnis der Wirtschaftswissenschaft selber starten.

Die Stärke der heutigen Ökonomik besteht in ihrer Reduktion und Formalisierung. Durch die Konzentration auf Fragen der (Markt-)Allokation und deren mathematischer Formalisierung ist sie in der Lage, spezifische Ausschnitte ökonomischer Realität auf einer Mikro- und Makro-Ebene äußerst präzise zu beschreiben. Diese „Tiefenschärfe“ wird zwangsläufig durch das Ausblenden vieler anderer Dimensionen, die ökonomische Realität auszeichnen, erkauft: Fragen z.B. von Macht, der historischen, politischen und gesellschaftlichen Einbettung ökonomischer Realität, insbesondere aber aller sozialen Phänomene, die sich nur in sozialer Emergenz und nicht durch das Handeln von Individuen rekonstruieren lassen. Vier Einschränkungen sind mit Blick auf die aktuelle Ökonomik-Kritik derzeit besonders relevant:

1. der methodologische Individualismus als erkenntnistheoretische Grundlage der Wirtschaftswissenschaften;
2. die Annahme exogen gegebener Präferenzen;
3. die Berührungangst mit Normativität;
4. das Ausblenden ihres performativen und sozialwissenschaftlichen Charakters.

Methodologischer Individualismus

Eine der zentralen Selbstbeschränkungen moderner Wirtschaftswissenschaft liegt tief in ihrem erkenntnistheoretischen und methodologischen Grundverständnis – dem methodologischen Individualismus. Ökonomisches Handeln als soziales Phänomen wird durch die Rekonstruktion individueller Präferenzen und Handlungsweisen erklärt. Ökonomische Phänomene lassen sich daher letztlich über individuelle Handlungsmuster und -orientierungen erklären. Auch wenn radikal vereinfachte Vorstellungen von solchen Handlungsorientierungen wie die des „Homo oeconomicus“ in modernen experimentell gestützten Formen der Behavioural Economics längst überwunden sind, so bleibt dieser methodologische Ausgangspunkt bestehen. Er erlaubt erst die ausgefeilte Mathematisierung und Formalisierung ökonomischer Modelle. Die moderne Spieltheorie und viele andere Entwicklungen der ökonomischen Forschung wären ohne diese Grundannahme nicht möglich gewesen.

Und genau hier beginnt das Problem an der Schnittstelle zur Beratung gesellschaftlicher und politischer Prozesse. Die Krisen moderner Gesellschaften sind durch Herausforderungen getrieben, die sich oft nur strukturell, als kollektive und nicht auf Individuen reduzierbare Phänomene erklären lassen. Die Frage nach kollektiven Identitäten, die den Populismus treiben, nach übergeordneten historischen Dynamiken, oder die Weltgemeinschaft als Ganzes betreffende ökologische Veränderungen, die zu einer Neudefinition des Mensch-Natur-Verhältnisses führen, sind kollektive Phänomene und durch Reduktion auf individuelle Handlungsorientierungen kaum zu fassen.

Die exogene Annahme von Präferenzen

Ökonomische Theorie nimmt Präferenzen als exogen gegeben an und sucht nach Lösungen der Wohlstandsmaximierung unter diesen Präferenzbedingungen. Dahinter steht ein äußerst redlicher und tief in der Idee der Menschenrechte verankerter normativer Ausgangspunkt: Der Präferenzäußerung eines jeden Einzelnen ist auf gleicher Augenhöhe zu begegnen. Ökonomische Theorie äußert sich nicht zu den Präferenzbildungen, sondern macht Gestaltungsvorschläge für eine Ausgestaltung von ökonomischen Prozessen, die unter diesen Randbedingungen möglichst weitgehenden Wohlstand für viele gewährleisten.

Solange dies auch der empirische und normative Ausgangspunkt der Gesellschaft ist, die beraten wird (ge-

gebene stabile Präferenzmuster und gleiche Ansprüche auf deren Entfaltung), ist ökonomische Wissenschaft auch gesellschaftlich wirkmächtig. Sie war es in den Zeiten des Wirtschaftswunders bis zum Ende des letzten Jahrhunderts. Doch zu Beginn des 21. Jahrhunderts rücken die Präferenzbildungsprozesse selber in den Blick. Sie entscheiden über die weitere Entwicklung moderner Gesellschaften: Sicherheitspräferenzen und neue Identitätsbildungsprozesse überlagern Werte ökonomischer Entfaltung. Wirtschaftlicher Abstieg wird durch Prozesse steigender nationaler und ethischer Identifikation dominiert – man denke nur an die Entwicklungen in Russland, der Türkei oder den USA. Und es ist offen, wie die Entwicklung weitergeht, je stärker sich die ökonomischen Folgewirkungen für die betroffenen Länder zeigen. In solchen Zeiten will man verstehen, was die Präferenzbildung treibt, inwiefern gerade ökonomische Entwicklungen wie zunehmende Ungleichverteilung auf diese Präferenzen zurückwirken – und nicht unbedingt etwas über optimale Allokation unter gegebenen Präferenzen lernen.

Im Kontext von Epochenherausforderungen wie dem Klimawandel ist es ähnlich. Innerhalb von gut 30 Jahren hat sich der Kampf gegen den Klimawandel zu einem globalen Zivilisationsprojekt entwickelt. Dass sich weite Teile der Weltgemeinschaft einem solchen generationen- und länderübergreifenden Entwicklungsprojekt verschreiben und dafür politische Unterstützung in der Bevölkerung finden, ist ein hoch interessanter Prozess der Präferenzbildung. Eine Wirtschaftswissenschaft, die im wesentlichen erklärt, warum das Klimaproblem als klassische Öffentliche-Gut-Herausforderung kaum zu lösen ist, darf sich über fehlendes Gehör nicht wundern, wenn die eigentlich interessante Frage ist, welche gesellschaftlich-zivilisatorischen Prozesse ein solch neues Präferenzsystem auf globaler Ebene auslösen. Es geht hier um „moralische Revolutionen“¹, zu deren Erklärung die Ökonomik wenig beitragen kann. Sie kann erst wieder Gestaltungsempfehlungen geben, wenn die Revolution stattgefunden hat.

Empirisch macht der Wirtschaftswissenschaft zudem zunehmend ein weiteres Phänomen zu schaffen: Wenn sich die Welt angesichts gewaltiger Produktivitätseffekte der Digitalisierung in Zustände von Null-Grenzkosten-Produkten und damit verbundenen Konzentrationstendenzen sowie in eine abnehmende Bedeutung von Erwerbsarbeit als Einkommensquelle bewegt, reduziert sich der Erklärungsbereich klassischer ökonomischer Modelle. Vorschläge zur gesellschaftlichen und ökonomischen Or-

ganisation der digitalen Gesellschaft kommen heute daher eher aus dem Silicon Valley und den IT-Kaderschmieden als aus ökonomischen Fakultäten.

Berührungsangst mit Normativität

Moderne Wirtschaftswissenschaft ist in hohem Maß normativ: All ihre Erklärungskraft basiert auf einem tief verankerten liberalen Weltbild, das das Individuum und seine weltlichen Entfaltungsmöglichkeiten ins Zentrum rückt. Methodologischer Individualismus und gegebene Präferenzen als Ausgangspunkt sind konzeptioneller und methodischer Ausdruck dieser Normativität. Es ist eine Normativität, die tief im westlichen Demokratie- und letztlich auch christlichen Verständnis verankert ist. Daher wird sie in der modernen – angelsächsisch und europäisch dominierten – Wirtschaftswissenschaft auch kaum explizit reflektiert. Es erklärt auch, warum sich die meisten Wirtschaftswissenschaftler als „wertfrei“ bezeichnen. Die Mathematisierung des Faches und ihr damit quasi naturwissenschaftlich anmutender Charakter unterstützt diese Form des Kurzschlusses.

Doch ein solches Selbstverständnis wird in einer Welt, in der kollektive Werte und Identitäten sowie transzendente/religiöse Orientierungen zu Wertegrundlagen einer Gesellschaft werden, schnell brüchig. Für wen sich gelungenes Leben in (kollektiver) Identität oder in jenseitiger göttlicher Erlösung zeigt, für den steht eine Wissenschaft, die sich im wesentlichen um Fragen materieller, irdischer individueller Entfaltung dreht, in gewisser Weise zu Recht unter Ideologieverdacht – insbesondere dann, wenn diese Wissenschaft ihre eigenen normativen Grundlagen nicht offenlegt. Für moderne Wirtschaftswissenschaft kann das nur bedeuten, sich zu ihren normativen Grundlagen offensiv zu bekennen, dafür zu streiten und sich nicht hinter einer Werturteilsfreiheit zu verstecken.

Ausblenden ihres performativen Charakters

Moderne Wirtschaftswissenschaft blendet durch ihre Mathematisierung und Formalisierung ihren genuin sozial- und kulturwissenschaftlichen Charakter aus: Denn anders als die Naturwissenschaften, die natürliche Untersuchungsobjekte beobachten, deren „Wirklichkeit“ von der Beobachtung nicht beeinflusst wird (wenn man von Grenzbereichen wie in Fällen der Heisenberg'schen Unschärferelation absieht), stellt sich dies bei ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Theorien ganz anders dar: Soziale und ökonomische Realität wird entscheidend dadurch beeinflusst, welche Theorien von Ökonomik und sozialer Realität Menschen in ihrem Handeln leiten.

¹ K. A. Appiah: Eine Frage der Ehre oder wie es zu moralischen Revolutionen kommt, München 2011.

Wirtschaftswissenschaft ist „performativ“², d.h. die wirtschaftswissenschaftliche Forschung wirkt auf die ökonomische Realität zurück: Die neoliberalen Reformen in den globalen Volkswirtschaften ab den 1980er Jahren wären ohne die Arbeiten wirtschaftswissenschaftlicher Forschung nicht vorstellbar gewesen. In der Klimapolitik würden wir ohne Grundlagen der Wirtschaftswissenschaft heute nicht über marktbasierende Instrumente nachdenken; komplexe Finanzprodukte wären ohne die Arbeiten der modernen Finanzmathematik nicht denkbar gewesen.

Die Wirtschaftswissenschaft wäre daher eigentlich in besonderer Weise gefordert, über ihre Wirkungsmechanismen konstant zu reflektieren und Rechenschaft abzulegen. Doch das passiert faktisch nicht. Große Teile der Wirtschaftswissenschaft ziehen sich darauf zurück, lediglich ökonomische Fakten zu präsentieren und diese der Politik zur weiteren Verwendung zu überlassen. Doch ein solches Politikberatungsmodell greift zu kurz. Denn über die Ausbildung in Schulen und Hochschulen, über das Einfließen in ökonomische Praxis und gesellschaftliche Diskurse ist moderne Wirtschaftswissenschaft in ihren heutigen Engführungen hoch wirksam.

Fazit: Zusammengefasst präsentiert sich die Wirtschaftswissenschaft heute also in weiten Teilen als eine Disziplin, die Normativität und Unterkomplexität hinter einer naturwissenschaftlichen Exaktheit vermittelnden Formalisierung versteckt. Provokant formuliert ist moderne Ökonomik im Hinblick auf viele Belange, die Menschen ökonomisch beschäftigen und für die sie nach Orientierung suchen, postfaktisch und interessengeleitet. Vor dem Hintergrund ist es nicht mehr so verwunderlich, warum zum Teil krude alternative Theorie- und Erklärungsangebote im politischen Raum entstehen, die dieser Postfaktizität eine andere entgegensetzen.

Konsequenzen: von der Reparatur-Ökonomik zur transdisziplinären Systemwissenschaft

Wie müssen sich die Wirtschaftswissenschaften weiterentwickeln, um im gesellschaftlichen und politischen Diskurs wieder an Legitimation und Akzeptanz zu gewinnen? Die Antwort auf diese Frage liegt nicht in der Reparatur einzelner Verkürzungen der heutigen Ökonomik, wie dies durch die vielfältigen experimentellen und ökonometrischen Erweiterungen der letzten Jahre und Jahrzehnte erfolgt ist. Sie muss tiefer zielen – auf den Kern des Wissen-

schaftsverständnisses der Ökonomik: Statt einer reduzierten Abbildung von Wirklichkeit muss sie sich als Orientierungswissenschaft in einer komplexen Welt verstehen.

Wirtschaftswissenschaften müssen wieder zur „Handlungstheorie“³ und zur „Möglichkeitswissenschaft“⁴ werden. Die gesellschaftliche Wirkungskraft der Wirtschaftswissenschaften gilt es bewusst zu nutzen, um der Verantwortung von Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft gerecht zu werden. Brennende ökonomische Phänomene müssen der Ausgangspunkt für eine zukunftsfähige Wirtschaftswissenschaft sein und nicht die Fixierung auf eine eng verstandene ökonomische Methode. Erst dann haben Wirtschaftswissenschaften wieder das Potenzial, zur Orientierungswissenschaft in den aktuellen Umbruchsphasen zu werden. Gerade weil eine moderne experimentelle, ökonometrisch gestützte und interdisziplinäre Ökonomik so viele gute Argumente für brennende Debatten hat, muss sie sich öffnen und in kontroverse wissenschaftliche und gesellschaftliche Arenen steigen.

Dies ist die Grundlage einer „transformativen Wirtschaftswissenschaft“, deren Konturen rund 30 deutschsprachige Wirtschaftswissenschaftler im letzten Jahr gezeichnet haben.⁵ Im Zentrum einer so verstandenen transformativen Wirtschaftswissenschaft stehen fünf Prinzipien:

1. Transparenz, d.h. der offene Umgang mit den normativen Grundannahmen und den Implikationen der verwendeten methodischen Zugänge;
2. Reflexivität als das ausdrückliche Bekenntnis zu den praktischen Folgewirkungen der eigenen wissenschaftlichen Arbeit im gesellschaftlichen Kontext;
3. Wertebezug als expliziter Umgang mit dem Wertegerüst der eigenen Forschung, die auf den Einklang mit den natürlichen Lebensbedingungen, ein solidarisches Miteinander und ein gelingendes Leben zielen sollte;
4. Partizipation als Teilhabe von Nicht-Wissenschaftlern/Prozessen der Gewinnung und Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnis und
5. Vielfalt, verstanden als Theorien- und Methodenpluralität, um vor allem die Hochschulen wieder zu einem Ort

2 Vgl. D. MacKenzie: Is Economics Performative? Option Theory and the Construction of Derivatives Markets, in: D. MacKenzie, F. Muniesa, L. Siu (Hrsg.): Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics, Princeton 2008, S. 54-86. Zu den zitierten Beispielen vgl. U. Schneidewind et al.: Transformative Wirtschaftswissenschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung. Für einen neuen Vertrag zwischen Wirtschaftswissenschaft und Gesellschaft, in: Ökologisches Wirtschaften, H. 2/2016, S. 31-34.

3 T. Beschorner: Ökonomie als Handlungstheorie. Evolutorische Ökonomik, verstehende Soziologie und Überlegungen zu einer neuen Unternehmensethik, Marburg 2001.

4 R. Pfriem: Plurale Gesellschaften, heterogene Akteure und polylinguale Organisationen: die Zukunft ist offen, also noch möglich, in ders.: Eine neue Theorie der Unternehmung für eine neue Gesellschaft, Marburg 2011, S. 155-179.

5 Vgl. U. Schneidewind, a.a.O.

kultureller Bildung und des Diskurses über verschiedene Theorien und Methoden werden zu lassen.

Ein solch erweitertes Selbstverständnis ökonomischer Wissenschaft ist für ihre gesellschaftliche Einbettung und Wirkung viel produktiver als reparative Prinzipien einer verbesserten Politikberatung.

Institutionelle Konsequenzen – für einen gelungenen Selbst-Transformationsprozess

Angesichts der tief verankerten Dominanz der Selbstbeschränkungen an den meisten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten sowie in den Reputations- und Karriere-mechanismen der Disziplin⁶ wird ein solcher Selbst-Transformationsprozess nur gelingen, wenn der Stachel zur Weiterentwicklung feste institutionelle Anker besitzt. Statt die

6 Vgl. exemplarisch F. Beckenbach et al.: Zur Pluralität der volkswirtschaftlichen Lehre in Deutschland. Eine empirische Untersuchung des Lehrangebotes in den Grundlagenfächern und der Einstellung der Lehrenden, Marburg 2016.

letzten kritischen Köpfe aus dem System zu drängen (vgl. das Beispiel des Postwachstums-Ökonomen Niko Paech)⁷, ist es wichtig, dem kontroversen Diskurs feste Orte zu geben. Gerade engagierte, an wirtschaftlichen Prozessen interessierte Studierende suchen nach solchen Orten: Die Cusanus-Hochschule in Bernkastel Kues, der neue Studiengang Plurale Ökonomik an der Universität Siegen oder die Forschungsstelle „Gesellschaftliche Weiterentwicklung“ (FGW) in Nordrhein-Westfalen sind hierfür erste zarte Pflanzen.

Das alleine wird nicht reichen. Neben dem – wie jetzt in Siegen zu beobachtenden – Mut einzelner wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten, sich bewusst pluraler aufzustellen, wäre es ein reizvoller Gedanke, auch ein Leibniz-ähnliches Institut für plurale und heterodoxe Ökonomik auf den Weg zu bringen. Es könnte ein prägnanter Ort für den aufgeklärten wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs und einer damit verbundenen Gesellschafts- und Politikberatung sein.

7 F. Rohrbeck: Der Verstoßene, in die ZEIT vom 23.3.2017, <http://www.zeit.de/2017/11/niko-paech-oekonom-professur-wissenschaft>.

Title: *Expertise in the Political Process – Benefits, Limits and Risks*

Abstract: *Since the outbreak of the financial and economic crisis, confidence in politicians as well as the economists in their advisory expert panels seems to be at an all-time low. Why do politicians reject science-based advice unless it fits into their political agenda? Are economists misunderstood by politicians and vice versa? The tension between the ideal of evidence-based policy-making and the reality of policy-based evidence-making is hardly a new phenomenon. Therefore, the expectation that Donald Trump, the Brexiteers and European populists will necessarily disappoint their voters because they simply cannot deliver what they have promised is misleading. Experts would be well advised to use the debate on the post-factual era as an impetus to reflect critically on their profession. One opinion expressed in this Zeitgespräch is that the contested societal and political impact of modern economics is due to its restricted scientific self-concept. A more open, pluralistic and transdisciplinary self-definition of economics would strengthen its societal influence. Another contributor ponders the proper incentives to persuade academic economists to provide economic policy advice. Key is the independence of advisory institutions like the German Council of Economic Experts. The selection of people with the best scientific qualifications will ensure the reputation of such institutions.*

JEL Classification: A11, D78